

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Passade (PASSA/GV/01/2013)
vom 17.01.2013

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hagen Klindt

Mitglieder

Frau Yvonne Arendt

Frau Annette Blöcker

Herr Ulf Brandt

Herr Torsten Folta

Frau Kathrin Heintz

Herr Gerd Rönna

Herr Andreas Schülke

Frau Katrin Weber

Abwesend:

Beginn: 19:30 Uhr

Ende 21:40 Uhr

Ort, Raum: 24253 Passade, Tegelredder 2, "Dörpshuus" /
Feuerwehrgerätehaus

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom
23.10.2012
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Bericht der Ausschüsse
6. Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung zur Sat-
zung vom 20.10.2011 über die Erhebung von Benutzungs-
gebühren zur Deckung der Unterhaltungskosten der Ge-
wässer in der Gemeinde Passade PASSA/BV/033/2012
7. Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer PASSA/BV/039/2013

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 8. | Förderung der Kindertagespflege | PASSA/BV/034/2012 |
| 9. | 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Passade | PASSA/BV/038/2013 |
| 10. | Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei | PASSA/BV/036/2012 |
| 11. | Übertragungsbeschluss | PASSA/BV/037/2012 |
| 12. | Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2013 | PASSA/BV/035/2012 |
| 13. | Renovierung des Dörpshuus | |
| 14. | Beratung und Beschlussfassung über einen Aufstellungsbeschluss für die Bebauung der "Hofkoppel Blöcker" | |
| 15. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Bürgermeister Kliindt begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht erfolgte, die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Auf Antrag von Bürgermeister Kliindt wird einstimmig der Tagesordnungspunkt 14 „Renovierung des Dörpshuus“ in die Tagesordnung aufgenommen, die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

TO-Punkt 2: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an die Gemeindevertretung gestellt.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2012

Die Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2012 wird einstimmig genehmigt.

TO-Punkt 4: Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Kliindt weist zunächst auf die noch zu beratenden Punkte der Tagesordnung hin. Sodann berichtet er von der geplanten Reaktivierung der Bahnlinie Kiel-Schönberg. Die Bahnlinie soll nach einem Beschluss des Landes in 2014 wieder reaktiviert werden. Es sind dann drei Stationen vorgesehen, von denen zwei in der Probstei liegen, dies sind Schönberg und Probsteierhagen. Die Bahn soll streckenweise mit einer Geschwindigkeit von 80 bis 100 km/h fahren, die Einführung der Stadt-Regionalbahn ist zunächst verschoben worden. Träger der Bahnlinie ist damit allein das Land Schleswig-Holstein. Die Bahn soll im Stundentakt fah-

ren von morgens 5:00 Uhr bis nachts um 24:00 Uhr. Es wird dann ein Bus- Bahnkonzept geben, die Busse werden dann nicht mehr im Halbstundentakt, sondern nur noch im Stundentakt fahren. Auch ein Park and Ride Service soll angeboten werden, wobei sich die Frage stellt, ob die Bürger das auch annehmen werden. Die Wahrscheinlichkeit ist doch groß, dass jemand, der schon im Auto sitzt auch gleich nach Kiel fahren wird und nicht erst in Probsteierhagen in die Bahn umsteigt. Die Gesamtkonzeption der Bahnlinie soll 2013 stehen, dann soll 2014 gebaut und Ende 2014 die Bahnlinie in Betrieb genommen werden. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn alle möglichen Haltestellen eingerichtet würden, auch in Fiefbergen und Passade. Ob die zeitliche Einsparung auch in der geplanten Form das gewünschte Ergebnis liefert, bleibt abzuwarten. Eine ganz besondere Bedeutung wird noch die Sicherung der Bahnübergänge haben.

Herr Hauke Klindt erklärt, dass die Feuerwehr noch zusätzliche Lehrgänge besuchen muss, um auch für den Fall eines Bahnunfalls gewappnet zu sein. Er fragt sich, warum die Gemeinde die Kosten tragen muss und nicht das Land. Herr Folta ergänzt, dass im Falle eines Unfalls ein Rüstwagen aus Mönkeberg kommen würde, allerdings würde kein Personal gestellt, dies müsste die örtliche Feuerwehr stellen einschließlich der Fähigkeit, mit den zur Verfügung gestellten Materialien umzugehen. Bürgermeister Klindt erklärt, dass die Kosten der Feuerwehr zu den Infrastrukturkosten einer Gemeinde gehören und somit auch von ihr zu tragen sind.

Weiter teilt Bürgermeister Klindt mit, dass die Gemeinschaftsschule in Schönberg nun eine Oberstufe bekommen wird. Es ist davon auszugehen, dass dieses Angebot die Region stärken wird. Allerdings werden damit auch Mehrkosten auf die Gemeinden zukommen.

Ab August 2013 haben Familien einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Im ländlichen Raum wird das überwiegend über Tagesmütter umgesetzt. Hier ist zunächst einmal abzuwarten auch hinsichtlich der Kostensituation.

TO-Punkt 5: Bericht der Ausschüsse

Aus Sicht des Bau- und Wegeausschusses gibt es keine Bekanntgaben, das geplante Neubaugebiet wird später noch beraten. Frau Blöcker fragt sodann nach der Organisation des Winterdienstes. Bürgermeister Klindt erklärt hierzu, dass der Winterdienst in Absprache mit der Gemeinde Fahren sehr gut gelaufen ist. Allerdings passte es auch immer gut, weil Herr Vosgerau den Winterdienst auf dem Weg zu seiner Arbeit erledigt hat. Nun macht Herr Röper den Winterdienst und da muss noch eine Vereinbarung über die Prioritäten mit der Gemeinde Fahren erfolgen. Letztlich ist jedoch auch eine festgefahrene Schneedecke vertretbar, von besonderer Bedeutung ist natürlich die Buslinie sowie die Steigung zur L 50. In dem Zusammenhang wird vorgetragen, dass der Radweg nach Probsteierhagen gekehrt wird, es stellt sich die Frage, wer die Kosten trägt. Bürgermeister Klindt war auch überrascht, dass der Radweg gekehrt wird, die Gemeinde trägt keine Kosten hierfür, allerdings ist der Radweg ja auch der Schulweg, den die Kinder nutzen müssen, insofern ist auch das Straßenbauamt als Träger gefordert.

Finanzausschussvorsitzender Rönnau erklärt, dass der Finanzausschuss die Finanzlage der Gemeinde intensiv beleuchtet hat. Der Haushalt konnte zunächst nicht ausgeglichen werden, Steuererhöhungen sind unvermeidbar, was an der heutigen Tagesordnung zu sehen ist.

Aus Sicht des Kulturausschusses gibt es zur Zeit nichts Neues. Es werden jedoch die bereits bekannten Termine der Gemeinde für den Jahresempfang, die Aktion „saubere Gemeinde“, das Dorffest, den Theaterball sowie Theatervorstellungen etc. bekanntgegeben.

TO-Punkt 6: **Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung zur Satzung vom 20.10.2011 über die Erhebung von Benutzungsgebühren zur Deckung der Unterhaltungskosten der Gewässer in der Gemeinde Passade**
Vorlage: PASSA/BV/033/2012

Bürgermeister Klindt erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Erhöhung der Benutzungsgebühren zur Deckung der Unterhaltungskosten der Gewässer in der Gemeinde Passade. Der Gewässerunterhaltungsverband Selenter See hat die Gebühren für die Gewässerunterhaltung erhöht, sodass diese nun in die eigene Kalkulation einbezogen werden mussten. Für ein Einfamilienhaus mit einer Grundstücksfläche bis zu 5.000 qm betragen die Mehrkosten pro Jahr 1,04 €, was sicher vertretbar ist. Die Mehreinnahmen der Gemeinde belaufen sich dabei auf 411,32 €.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß den Beschlussvorschlägen a und b der Sitzungsvorlage und stimmt damit der 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren zur Deckung der Unterhaltungskosten der Gewässer in der Gemeinde Passade ab 01.02.2013 zu.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 7: **Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Passade**
Vorlage: PASSA/BV/039/2013

Bürgermeister Klindt erklärt, dass die Gemeinde die Einführung einer Zweitwohnungssteuer geprüft hat mit dem Ergebnis, dass sie aufgrund der schwierigen Haushaltslage wohl eingeführt werden muss. Zunächst hatte sich die Frage gestellt, ob eine solche Steuer überhaupt lohnenswert wäre, eine Vorprüfung hat jedoch ergeben, dass eine Einnahme in Höhe von 3.000,- € bis 4.000,- € generiert werden könnte. Während von den übrigen Steuereinnahmen die Amtsumlage und die Kreisumlage gezahlt werden müssen, ist die Zweitwohnungssteuer davon ausgenommen, damit handelt es sich bei der Zweitwohnungssteuer um eine Nettoeinnahme für die Gemeinde und bei der derzeitigen Situation ist das dann auch gerechtfertigt. Bürgermeister Klindt erläutert weiter, dass sich die Zweitwohnungssteuer aus dem Mietwert der Wohnung errechnet. Der Steuersatz sollte dabei zwischen 8 und 11,5 % des Mietwerts liegen. Herr Klindt schlägt einen Steuersatz von 10 % vor, dieser wird auch in der Nachbargemeinde Fahren sowie in Köhn und Schönberg erhoben.

Nach kurzer Diskussion fasst die Gemeindevertretung folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage und stimmt damit der vorliegenden Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer mit einem Steuersatz von 10 % ab 01.02.2013 zu.

Stimmberechtigte: 9	
---------------------	--

Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0
---------------	-----------------	-----------------	-------------

**TO-Punkt 8: Förderung der Kindertagespflege
Vorlage: PASSA/BV/034/2012**

Bürgermeister Klindt erklärt, dass die Gemeinde die Kindertagespflege mit 1,30 € pro Betreuungsstunde gefördert hat. Die Förderung war jedoch befristet bis zum 31.12.2012. Es geht nun darum, den Förderzeitraum zu erweitern. Die Kosten der Förderung belaufen sich auf ca. 1.000,- € pro Jahr. Kinder sind unsere Zukunft und so schlägt Bürgermeister Klindt vor, die Förderung nunmehr unbefristet weiter zu gewähren.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Förderung der Kindertagespflege entsprechend der bisherigen Beschlussfassung unbefristet weiter bereit zu stellen und im Haushalt 2013 1.000,- € für diesen Zweck zu etatisieren.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Passade
Vorlage: PASSA/BV/038/2013**

Bürgermeister Klindt erklärt, dass auch die Hundesteuer nicht von einer Erhöhung ausgenommen werden kann. Bei einer Erhöhung auf 80,- € für den ersten und 90,- € für den zweiten und jeweils weiteren Hund werden die landesweiten durchschnittlichen Höchstbeträge jedoch noch nicht erreicht. Gemeindevertreterin Arendt kann grundsätzlich nicht nachvollziehen, warum es überhaupt eine Hundesteuer gibt, schließlich gibt es auch keine Katzen-, Pferde- oder Hamstersteuer. Eine Mitbürgerin aus Passade hat ihr erklärt, dass sie den Hundekot ihres Hundes nicht wegmachen würde, weil sie dafür ja schließlich eine Steuer zahlt. Hiergegen ist schwer zu argumentieren.

Bürgermeister Klindt ist auch der Auffassung, dass die Steuer schwer erklärbar ist, vor allem weil Geringverdiener besonders hart betroffen sind. Die schwierige Haushaltslage lässt allerdings auch in diesem Fall keine Alternative zu.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage und stimmt der vorliegenden 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer ab 01.02.2013 zu.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 1	Enthaltung/en: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei

Vorlage: PASSA/BV/036/2012

Bürgermeister Klindt erklärt, dass die Breitbandversorgung insbesondere in den kleinen Gemeinden nicht ausreichend ist. Die Anbieter von schnellen Internetverbindungen wie z.B. die Telekom bieten eine Versorgung der Gemeinden erst gar nicht an, weil es an der Wirtschaftlichkeit fehlt. Sehr wohl ist das Internet für unser Leben immer wichtiger geworden und so manch ein Bürger und insbesondere auch Firmen suchen sich ihren Wohn- oder Betriebssitz danach aus, ob eine schnelle Internetverbindung vorhanden ist. Um eine finanziell vertretbare Lösung für die Gemeinden zu erreichen, sollte zunächst eine Studie durchgeführt werden. Im Rahmen der Studie wird zunächst eine Bestandsaufnahme gemacht und dann der tatsächliche Bedarf ermittelt. Die Aufnahme der Daten ist unumgänglich, weil weitergehende Entscheidungen auf dieser Grundlage basieren. Die Kosten der Studie werden in jeweils gleicher Höhe auf alle teilnehmenden Gemeinden verteilt. Da das Amt vor kurzem das Rentnerwohnheim verkauft hat, sollen die Kosten für die Studie aus dem Amtshaushalt finanziert werden.

Auf die Frage von Gemeindevertreterin Blöcker, ob auch eine Förderung vom Kreis zu erwarten sei, antwortet Bürgermeister Klindt, dass das bei der Finanzlage des Kreises wohl nicht eintreten wird. Der Kreis wird ggf. sogar seine Kreisumlage erhöhen.

Gemeindevertreter Schülke erinnert an den Beschluss der Gemeindevertretung, 5.000,- € für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Breitbandversorgung zur Verfügung zu stellen, er fragt nach den heutigen Kosten für die Studie. Bürgermeister Klindt erklärt hierzu, dass die Kosten zunächst auf 3.000,- € je Gemeinde gedeckelt sind. Letztlich hängt dies jedoch noch von der Förderquote des Landes und der Anzahl der Gemeinden ab, die sich an der Studie beteiligen. Die Förderrichtlinie sieht zwar eine Förderung von 90 % der förderfähigen Kosten vor, realistisch scheint aber eher eine Förderquote von 75 % zu sein.

Nach weiterer Diskussion fasst die Gemeindevertretung folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage und stimmt damit der Erstellung einer Studie für die Breitbandversorgung zu.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Übertragungsbeschluss **Vorlage: PASSA/BV/037/2012**

Bürgermeister Klindt erläutert kurz die Übertragung der Aufgabe für die Durchführung der Studie für die Breitbandversorgung auf das Amt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage und überträgt damit die Aufgabe zur Durchführung der Studie für die Breitbandversorgung auf das Amt Probstei.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2013
Vorlage: PASSA/BV/035/2012

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert Gemeindevertreter Rönnau den Haushalt für 2013 ausführlich. Zunächst geht er dabei auf die Steuereinnahmen im Zusammenhang mit dem Einwohnerzuwachs sowie die Schulden und die Rücklagen ein. Er zeigt dabei auch die Entwicklung der letzten Jahre auf. Der Haushalt für 2013 konnte nur durch die Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Herr Rönnau geht sodann auf einzelne Haushaltsstellen ein. Es ist insbesondere von großer Bedeutung, dass die geplanten Einnahmen auch entsprechend fließen, weil ansonsten ein Ausgleich nur mit weiteren Steuererhöhungen erreicht werden kann.

Bürgermeister Klindt bedankt sich für die verständliche und transparente Darstellung des Haushalts für 2013. In dem Zusammenhang erklärt Gemeindevertreterin Blöcker, dass der Ansatz für die Kreisumlage zwar erhöht wurde, dieses jedoch nur eine Erhöhung durch die ebenfalls gestiegenen Steuereinnahmen darstellt und keine tatsächliche prozentuale Erhöhung der Kreisumlage ist. Zur Frage der Kosten der Schule in Schönberg sagt Bürgermeister Klindt, dass diese nicht bekannt sind. Allerdings muss die Schule alle Kosten an die Gemeinden weitergeben, was bedeutet, dass auch die Abschreibungen mit einbezogen werden müssen. Das resultiert daraus, dass ansonsten für Gastschüler geringere Schulkosten entstehen als für die eigenen Schüler. Was in dem Zusammenhang die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe noch an Kosten verursachen wird, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Bürgermeister Klindt verliest sodann die Haushaltssatzung für 2013 und erläutert dazu die für 2015 eingestellte Verpflichtungsermächtigung für die Einrichtung des Digitalfunks für die Feuerwehr.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst den Beschluss gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage und stimmt der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für 2013 und dem Investitionsprogramm zu.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 13: Renovierung des Dörpshuus

Bürgermeister Klindt erläutert die Renovierung des Dörpshuus durch Malerarbeiten im Flur und im Hauptraum. Die Kosten werden sich hierfür auf ca. 650,-- bis 700,-- € belaufen. Da auch der dritte Raum dringend renoviert werden müsste, werden sich die Kosten auf voraussichtlich 1.000,-- € erhöhen. Die Theatergruppe hat bereits eine Beteiligung von 1.000,-- € in Aussicht gestellt, sodass der Auftrag für die Malerarbeiten nach vorheriger Abstimmung der Einzelheiten erteilt werden kann.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

In dem Zusammenhang erklärt Bürgermeister Klindt, dass auch die Dehnungsfugen erneuert werden müssten. Dies ist jedoch nicht in den Kosten der Malerarbeiten enthalten.

TO-Punkt 14: Beratung und Beschlussfassung über einen Aufstellungsbeschluss für die Bebauung der "Hofkoppel Blöcker"

Gemeindevertreterin Blöcker verlässt wegen der Besorgnis der Befangenheit für diesen Tagesordnungspunkt den Raum.

Bürgermeister Klindt erläutert die bisherige Entwicklung der Ausweisung eines Neubaugebietes auf der Hofstelle „Blöcker“. Nachdem die Familie Blöcker den ersten Schweinestall und die Siloanlage in den Außenbereich an der Kreisstraße 47 verlagert haben, soll nun auch der Restbetrieb ausgesiedelt werden. Für die umliegende Wohnbebauung entfällt damit die Belastung durch Staub- und Geruchsimmissionen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb.

Bürgermeister Klindt geht sodann auf das Gespräch im Innenministerium mit der Landesplanungsbehörde und dem Kreis Plön ein. Bei der Hofstelle handelt es sich um eine sogenannte Innenbereichsfläche und nur aus diesem Grunde stimmt die Landesplanungsbehörde der Aufstellung des Bebauungsplanes zu. Der wohnbauliche Entwicklungsrahmen wird mit diesem Bebauungsplan allerdings bis 2025 ausgeschöpft sein.

Auf Anfrage von Herrn Stefan Stoltenberg, ob sein Grundstück in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes einbezogen werden kann, erklärt Bürgermeister Klindt, dass es Sinn machen würde, wenn der Gesamtbereich nördlich des Tegelredders in die Planung einbezogen wird. Herr Stoltenberg soll seine Vorstellungen formulieren und zunächst an das Amt geben.

Weiter erklärt Bürgermeister Klindt, dass mit der Umsetzung des Baugebietes auch zwingend das vorhandene Regenwasserproblem gelöst werden muss. Bei Starkregenfällen gibt es erhebliche Probleme mit dem Ablauf in den Passader See, hier muss eine entsprechende Erweiterung vorgenommen werden, um einen Rückstau und damit eine Überflutung von Privatgrundstücken zu verhindern. Weiter wird es ein Schallschutzgutachten wegen der Nähe zur Landesstraße 50 geben müssen. Ob der vorhandene Wall dann erhöht werden muss, wird sich zeigen. Die derzeit noch vorhandene schmale Fußwegverbindung vom Grundstück „Blöcker“ an dem Grundstück von Herrn Stoltenberg entlang auf den Tegelredder sollte mit dem Bebauungsplan aufgehoben werden, dieser Weg macht keinen Sinn und würde nur die Privatsphäre stören.

Herr Griesbach erläutert sodann das weitere Planverfahren. Für die Ausweisung des Baugebietes ist der Flächennutzungsplan, der die Grundnutzung der Fläche darstellt, zu ändern und es ist ein Bebauungsplan, der die Flächen dann parzellenscharf festsetzt, aufzustellen. Als nächster Schritt wäre ein Städteplanungsbüro zu beauftragen und nachdem jeweils ein erster Planentwurf erarbeitet wurde, sollte die Planung den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Informationsveranstaltung vorgestellt werden. Die Bürger erhalten in dieser Veranstaltung bereits die Möglichkeit, ihre Anregungen und Ideen zu der Planung beizutragen. Der anschließend ebenfalls jeweils zu erstellende Rechtsplan wird nach dem Beschluss der Gemeindevertretung für die Dauer eines Monats in der Amtsverwaltung in Schönberg öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit haben die Bürgerinnen und Bürger dann nochmals die Möglichkeit, Anregungen zu den Planungen zu äußern. Nach Abschluss des Verfahrens, das im Baugesetzbuch vorgeschrieben ist, wird der Flächennutzungsplan endgültig und der Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Nach weiterer Diskussion fasst die Gemeindevertretung den Beschluss gemäß den Beschlussvorschlägen der Sitzungsvorlage und stimmt damit der Aufstellung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4 für die Auswei-

sung eines Neubaugebietes auf der Hofstelle Blöcker, südlich der Landesstraße 50, östlich der Dörpstraat und nördlich des Tegelredder zu.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 1

TO-Punkt 15: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Plöger weist im Zusammenhang mit der Reaktivierung der Bahnlinie Kiel-Schönberg noch einmal auf die gefährliche Situation des Bahnüberganges auf seinem Privatweg hin. Der Weg wird auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt und auch wenn das Land eine abschließbare Schranke einrichten will, soll das Haftungsrisiko doch bei ihm bleiben. Durch das abfallende Gelände und die Unübersichtlichkeit ist hier ein ganz besonders hohes Gefahrenpotential vorhanden. Gemeindevertreter Brandt sieht auch für den Bereich seines Grundstücks unmittelbar an der Bahnlinie eine besondere Gefahrensituation.

Bürgermeister Klindt erklärt hierzu, dass zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden muss. Es wird noch ein Planfeststellungsverfahren geben, in dem die Gemeinde aber auch die betroffenen Bürger die Möglichkeit haben, sich zu äußern.

Herr Plöger erklärt sodann, dass es bei der Nutzung seines privaten Feldwegs durch Bürgerinnen und Bürger auch schon zu unschönen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Er appelliert an alle Nutzer dieses Weges untereinander mehr Toleranz walten zu lassen. Diesem Appell schließt sich Bürgermeister Klindt an. Er erwähnt deshalb auch noch einmal, dass Hunde grundsätzlich anzuleinen sind.

Abschließend spricht Bürgermeister Klindt die geplante Einwohnerversammlung im März / April dieses Jahres an. Es soll in dieser Versammlung über das Konzept der Schmutzwasserbeseitigung mit einer Übertragung auf den Zweckverband Ostholstein diskutiert werden. Viele Gemeinden des Amtes Probstei haben diesen Schritt bereits vollzogen, wie z.B. die Gemeinden Barsbek, Fiefbergen, Krokau, Wisch, Höhndorf, Köhn und Probsteierhagen. Zur Einwohnerversammlung wird der Geschäftsführer des Zweckverbandes Ostholstein eingeladen und alle in dem Zusammenhang gestellten Fragen beantworten.

gesehen:

Klindt
- Bürgermeister -

Griesbach
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -